

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Europäischer Newsroom

Kommission stärkt
Zusammenarbeit der Medien

Seite 3

IM FOKUS

Global Gateway

EU bringt nachhaltige Infrastruk-
turpartnerschaften auf den Weg

Seite 5

Plattformbeschäftigte

Vorstoß für mehr Rechte

Seite 6



Um die Ausbreitung der neuen Virusvariante Omikron einzudämmen, rief Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unter anderem zum Impfen und Boostern auf.

NEU GEWÄHLTER KANZLER

Von der Leyen gratuliert Scholz

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat Bundeskanzler Olaf Scholz zu seiner Wahl durch den Deutschen Bundestag beglückwünscht. „Ich wünsche einen guten Start und freue mich auf eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit für ein starkes Europa“, erklärte von der Leyen. Scholz tritt die Nachfolge von Angela Merkel an, er wird am 10. Dezember in Brüssel Kommissionspräsidentin von der Leyen sowie den Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, treffen und am 15. und 16. Dezember erstmals am Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU teilnehmen. In ihrem Koalitionsvertrag bekennen sich die neuen Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP zu einem föderalen europäischen Bundesstaat und den Zielen des Europäischen Grünen Deals.

Gratulation zur Wahl

OMIKRON-VARIANTE

Von der Leyen mahnt entschiedenes Vorgehen an

Angesichts der neuen Omikron-Variante des Corona-Virus hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen. „Wir wissen zwar noch nicht alles über die neue Variante, aber genug, um besorgt zu sein“, warnte von der Leyen. „Wir müssen rasch und entschlossen handeln, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen und seine Folgen abzumildern“, ergänzte EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides.

> Auf einer Sondersitzung der Weltgesundheitsorganisation WHO bekräftigte Präsidentin von der Leyen zudem das Ziel, bis Mitte des kommenden Jahres 70 Prozent der Weltbevölkerung gegen das Corona-Virus zu impfen. Derzeit liegt die Quote bei 44 Prozent. Die EU ist der weltweit größte Geber von COVID-19-Impfstoffen. „Unsere Mitgliedstaaten haben mehr als 350 Millionen Dosen Impfstoff an Länder in der ganzen Welt gespendet“, erklärte von der Leyen.

Die große Mehrheit, etwa 300 Millionen Dosen, seien über die globale Initiative COVAX geteilt worden, die zum Ziel hat, COVID-19-Impfstoffe allen Menschen weltweit zugänglich zu machen. Aus der EU sind zudem über 1,4 Milliarden Dosen Impfstoff in mehr als 150 Länder exportiert worden.

Europäische Gesundheitsunion

Unmittelbar nach der Entdeckung der neuen Virusvariante B.1.1.529 hatte die EU-Kommission zum Aussetzen der Flüge mit Ländern im südlichen Afrika aufgerufen. Von der Leyen mahnte auch weiterhin ein geschlossenes Vorgehen an. „Ich bin davon überzeugt, dass die EU diesen Herausforderungen gewachsen ist“, sagte die Präsidentin. Sie verwies auf ihre Initiative zum Aufbau einer Gesundheitsunion und eine Reihe von Neuerungen, die die Mitgliedstaaten auf Vorstoß der Kommission vereinbart hatten.

Dazu zählen unter anderem:

> **Gemeinsame Impfstoffbeschaffung:** Die EU-Kommission hatte in der Pandemie die Beschaffung von Vakzinen für die Mitgliedstaaten übernommen. >>

„ Hoffen wir auf das Beste, aber seien wir auf das Schlimmste vorbereitet. “

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

- >> Bereits im Mai hatte die EU zudem mit dem Mainzer Impfstoffhersteller BioNTech und seinem Partner Pfizer die Lieferung von weiteren 1,8 Mrd. Dosen bis 2023 vereinbart. Allein im ersten Quartal des kommenden Jahres werden BioNTech/Pfizer sowie der Hersteller Moderna 360 Millionen Impfdosen liefern. „Dies reicht aus, um allen vollständig geimpften Europäerinnen und Europäern eine Auffrischungsimpfung zu ermöglichen“, rief von der Leyen zum Impfen und Boostern auf. Die Vereinbarung der Kommission mit den Pharmaherstellern sieht generell die Anpassung der Impfstoffe an neue Virusvarianten wie Omikron vor.
- > **Stärkung der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA):** Das Zulassungsverfahren für Corona-Impfstoffe und Therapeutika durch die EMA ist gestrafft. So wird ab 13. Dezember ein Corona-Impfstoff für Kinder im Alter von 5 bis 11 Jahren in den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, auch in Deutschland. Beschleunigt geprüft wird auch die Zulassung des Totimpfstoffs Valneva. Die Kommission bemüht sich darüber hinaus um Erforschung, Herstellung und Bereitstellung weiterer COVID-Therapeutika.
- > **Schaffung der EU-Gesundheitsbehörde HERA:** Teil des Kommissionsvorstoßes zum Aufbau einer Gesundheitsunion war die neue EU-Gesundheitsbehörde HERA. Angesiedelt unter dem Dach der EU-Kommission leiste sie bereits wich-

tige Arbeit, etwa bei der Genom-Sequenzierung der neuen Virusvariante Omikron, betonte Kyriakides. Das Europäische Parlament und der Rat sollten nun die Vorschläge für eine europäische Gesundheitsunion und die HERA-Krisenverordnung noch vor Ende 2021 annehmen.

- > **Digitales COVID-Zertifikat:** Auf Vorschlag der Kommission war zum 1. Juli ein digitaler Corona-Pass eingeführt worden. Die Kommission hatte die Mitgliedstaaten aufgerufen, den digitalen Corona-Pass an aktuelle Entwicklungen der Pandemie anzupassen. Ohne Auffrischungsimpfung ist die Gültigkeit des COVID-Zertifikats vom 10. Januar 2022 an auf neun Monate beschränkt.
- > **Stärkung der EU-Seuchenschutzbehörde ECDC:** Das Europäische Parlament stimmte einer Initiative der Kommission zu, die Befugnisse für das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) in der Pandemiebekämpfung zu stärken. So wird unter anderem die Digitalisierung bei der Erfassung der Pandemiedaten vorangetrieben.

Von der Leyen sagte zudem, dass sie Diskussionen über eine Impfpflicht in den EU-Staaten verstehe. Diese Entscheidung liege allein bei den Mitgliedstaaten, betonte sie. „150 Millionen Menschen in der EU sind nicht geimpft, das sind viele“, sagte sie. Deshalb sei eine Diskussion über eine Impfpflicht verständlich und angemessen. Österreich hat eine Impfpflicht angekündigt; in Deutschland hatte sich Bundeskanzler Olaf Scholz für eine verpflichtende Impfung ausgesprochen. (pr) >|

■ *Impftempo erhöhen*

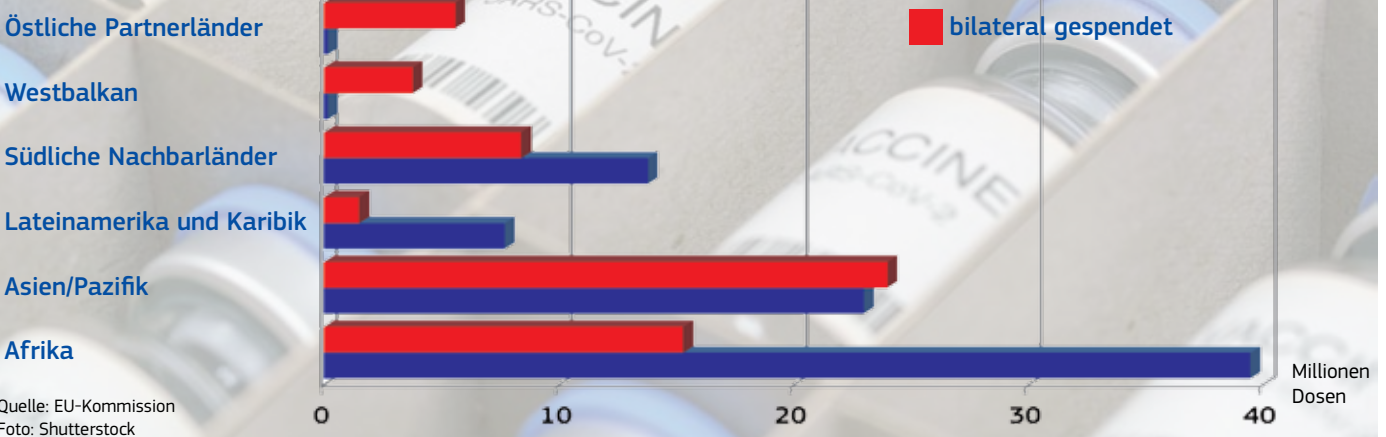
Vorgehen gegen Desinformation

Die EU-Kommission hat mit Internetplattformen das gemeinsame Vorgehen gegen Falschinformationen über die Pandemie im Netz bis Juni 2022 verlängert. Unternehmen wie Twitter, TikTok oder Youtube haben sich dabei freiwillig verpflichtet, gegen falsche Behauptungen rund um Corona und Impfungen in ihren Internetdiensten vorzugehen. Das Netz „sollte kein wilder Westen sein, in dem die Bürger einem ungezähmten Strom von Desinformationen ausgesetzt sind“, erklärte Binnenmarktkommissar Thierry Breton.

Die Europäische Union ist der weltweit größte Geber von COVID-19-Impfstoffen

Die EU-Mitgliedstaaten haben bislang mehr als 350 Millionen Dosen Impfstoff an Länder in der ganzen Welt gespendet. Die große Mehrheit, etwa 300 Millionen Dosen, wurde über COVAX geteilt. COVAX gibt sie nun an Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen weiter. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten 45 Millionen Dosen durch bilaterale Spenden bereitgestellt.

Verteilung nach Regionen:



EUROPÄISCHER NEWSROOM

Kommission stärkt Zusammenarbeit europäischer Medien

© Alexander Khitrov / Shutterstock.com

Die EU-Kommission unterstützt die Gründung eines europäischen Newsrooms mit 1,8 Mio. Euro. „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärkt die Medien“, sagte Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová und verwies auf den Erfolg der transnationalen Nachforschungen zu den Pandora Papers, eine Recherche zu Steuer-oasen in der Welt. Im europäischen Newsroom sollen vom kommenden Jahr an 16 Nachrichtenagenturen, darunter die deutsche Presse-Agentur (dpa), in Brüssel zusammenarbeiten.

Der europäische Newsroom werde es „Journalisten ermöglichen, gemeinsam über EU-Angelegenheiten zu berichten und den Geist der Zusammenarbeit in der Heimat zu fördern“, erklärte Binnenmarktkommissar Thierry Breton. „Wenn 16 Nachrichtenagenturen mit ihrem jeweils nationalen Blickwinkel auf Europa einen gemeinsamen Newsroom in Brüssel nutzen, profitieren alle von der Vielfalt an Perspektiven“, ergänzte Peter Kropsch, Vorsitzender der Geschäftsführung der dpa. Neben der besseren Zusammenarbeit der Nachrichtenagenturen werden aus den bereitgestellten Mitteln auch Weiterbildungsseminare für Journalistinnen und Journalisten unterstützt.

Medienförderung

WASSERSTOFF-ALLIANZ

EU unterstützt klimafreundliche Vorhaben

Die Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff hat mehr als 750 Vorhaben in ganz Europa vorgestellt, die die europäische Wasserstoffwirtschaft vorantreiben sollen. Darunter sind auch zahlreiche Projekte in Deutschland wie der H2UB im badischen Karlsruhe oder der Aufbau eines Wasserstoff-Tankstellennetzes im Rahmen der Initiative H2 Mobility. „Diese bahnbrechenden Innovationen werden dabei helfen, unsere Klimaschutzziele zu erreichen und unsere industrielle Widerstandsfähigkeit und technologische Führung zu stärken sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen“, erklärte EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton.

Die Europäische Allianz für sauberen Wasserstoff wurde von der Kommission im Juli 2020 gegründet, um die Einführung der Erzeugung und Nutzung von sauberem Wasserstoff in Europa voranzutreiben.

Wasserstoff-Initiative

BILDUNGSKREDIT

EU schafft mehr Bildungsgerechtigkeit für Studierende in Deutschland

Die Europäische Investitionsoffensive sorgt für mehr Chancengerechtigkeit in Deutschland, indem sie jungen Menschen unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten eine Ausbildung ermöglicht. So kann das Berliner Sozialunternehmen CHANCEN eG seine Förderung für ein Studium durch eine Unterstützung des Europäischen Investitionsfonds (EIF) auf mehr als 2000 Studierende ausweiten. „Junge Europäerinnen und Europäer zu unterstützen, ist ein grundlegendes Ziel dieser Kommission und ein Kernstück von NextGenerationEU“, sagte EU-Sozialkommissar Nicolas Schmit.

CHANCEN eG bietet Studierenden für die Ausbildung „Umgekehrte Gesellschaftsverträge“ (UGV) an. Die Absolventen müssen ihre Ausbildungsunterstützung erst zurückzahlen, wenn sie berufstätig sind und mehr als ein Mindesteinkommen verdienen. Insgesamt kann CHANCEN eG 30 Mio. Euro mobilisieren. Der EIF besichert dabei 80 Prozent des möglichen Ausfallrisikos der Studierendenkredite. „Mit finanzieller Unterstützung durch das Pilotprojekt zur Entwicklung von Kompetenzen und Bildung der Investitionsoffensive für Europa hilft der Europäische Investitionsfonds dem Sozialunternehmen CHANCEN eG, dreimal so viel Studierenden in Deutschland wie zuvor eine Bildungsfinanzierung anzubieten“, lobte Schmit.

Ausbildungsförderung

VERTRAGSVERLETZUNG

Verfahren wegen EZB-Urteil eingestellt

Die EU-Kommission hat das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen des Ultra-Vires-Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) eingestellt. Die Bundesregierung habe in ihrem Antwortschreiben das Primat des EU-Rechts sowie den Vorrang der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zugesichert, teilte die Kommission mit.

Zugleich reichte die Kommission in zwei weiteren Verfahren beim EuGH Klage gegen die Bundesrepublik ein. So sieht die Kommission den in der Natura-2000-Regelung verankerten Schutz der für Bienen und Schmetterlinge wichtigen Mähwiesen in Deutschland nicht ausreichend gegeben. Die zweite Klage befasst sich mit der mangelnden Übertragung der EU-Regelung für die Sicherheit und Interoperabilität des Bahnverkehrs auf den Regionalverkehr in Deutschland.

Umsetzung des EU-Rechts

BELARUS

EU und Nato sagen Litauen, Lettland und Polen Hilfe zu



In der Auseinandersetzung mit Belarus haben EU-Kommission und Nato den Mitgliedstaaten Litauen, Lettland und Polen ihren Beistand zugesichert. „EU und NATO arbeiten Hand in Hand, um solche hybriden Angriffe abzuwehren“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei einem gemeinsamen Besuch mit Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg (im Foto links) in Lettland. „Wir verstärken unsere Zusammenarbeit in den Bereichen Resilienz, Lageerfassung und Desinformationsbekämpfung“, bekräftigte von der Leyen.

Belarus versucht seit Monaten, Migrantinnen und Migranten über die EU-Außengrenze zu schleusen. Die Kommission aktivierte daher eine Ausnahmeregel für Asylverfahren in Polen, Lettland und Litauen. Die EU hat ihre diplomatische Stärke genutzt und sich an Partner, aber auch die Herkunftsländer der Migranten an der EU-Außengrenze gewandt, um sie – mit großem Erfolg – davon zu überzeugen, dass sie für ihre Bevölkerung Verantwortung übernehmen sollten, damit ihre Staatsangehörigen nicht in Belarus festsitzen. Zudem schlug Ursula von der Leyen für gute Informations- und Analysefähigkeiten in der gesamten EU ein eigenes gemeinsames Lage- und Analysezentrum vor, um die richtigen Entscheidungen treffen und zügig und wirksam handeln zu können.

■ *EU-NATO Beistand*

VERBRAUCHERSCHUTZ

EU-Portal warnt vor defekten Spielwaren

Das EU-Verbraucherportal „Safety Gate“ hat im zu Ende gehenden Jahr vor allem vor mangelhaften Produkten rund ums Auto sowie defektem Spielzeug gewarnt. „Mit Schutzinstrumenten wie dem Safety Gate werden die Verbraucherrechte garantiert“, sagte Justiz- und Verbraucherkommissar Didier Reynders bei der Vorlage des aktuellen Jahresberichts. Beim Schnellwarnsystem „Safety Gate“ arbeiten EU-Kommission und die Verbraucherschutzbehörden der Mitgliedstaaten zusammen, um rechtzeitig im Internet auf defekte Produkte hinzuweisen. 2021 gingen bislang rund 1.800 Warnhinweise ein, davon betreffen 27 Prozent Kraftfahrzeuge und verwandte Produkte, 19 Prozent der Warnungen beziehen sich auf defekte Spielwaren.

Auch Weihnachtsbeleuchtung und Kerzen wurden regelmäßig gemeldet. Die häufigsten Risiken im Zusammenhang mit gefährlichen Produkten im Jahr 2021 waren Verletzungen (28 Prozent) oder Risiken durch Chemikalien (23 Prozent).

■ *EU-Schnellwarnsystem*

EUROBAROMETER

Breite Zustimmung für Digitalpolitik der EU

Eine große Mehrheit von 82 Prozent der Europäerinnen und Europäer hält es für sinnvoll, dass die Europäische Union eine gemeinsame Vision für digitale Rechte und Grundsätze festlegt und fördert. In Deutschland liegt die Quote sogar bei 86 Prozent. Das ergab eine Eurobarometer-Umfrage unter gut 26.000 Befragten in den Mitgliedstaaten der EU. Demnach sind mehr als vier Fünftel der Europäerinnen und Europäer (81 Prozent in der EU und 83 Prozent in Deutschland) der Ansicht, dass digitale Werkzeuge und das Internet in ihrem Leben bis 2030 eine wichtige Rolle spielen werden. Die EU-Kommission hat die Jahre bis 2030 zur Digitalen Dekade ausgerufen und will die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung stärken.

Außerdem hat die EU-Kommission die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zum Data Act, der Leitinitiative der Europäischen Datenstrategie, veröffentlicht. Sie zeigen, dass die meisten Befragten Maßnahmen auf EU- oder nationaler Ebene fordern.

■ *Umfrage Digitalpolitik*

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2021

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



GLOBAL GATEWAY

Kommission bringt nachhaltige Infrastrukturpartnerschaften auf den Weg

Für den Aufbau nachhaltiger Verbindungen für Digitalisierung, Energie und Verkehr in Schwellen- und Entwicklungsländern wird die Europäische Union in den kommenden sechs Jahren bis 2027 rund 300 Mrd. Euro mobilisieren. „Wir werden intelligente Investitionen in hochwertige Infrastrukturen unterstützen, bei denen im Einklang mit den Werten und Standards der EU die höchsten Sozial- und Umweltstandards eingehalten werden“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der Vorstellung der Initiative Global Gateway.

> „Mit Global Gateway wollen wir keine Abhängigkeiten, sondern starke und nachhaltige Verbindungen zwischen Europa und der Welt und eine neue Zukunft für junge Menschen schaffen“, ergänzte Jutta Urpilainen, EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften.

Schwerpunkte Klima und Digitalisierung

Bei ihren Infrastrukturpartnerschaften setzt die EU vor allem auf Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung – zwei zentralen Anliegen der Kommission. Zudem werden Investitionen in nachhaltige Lieferketten, Energie, Gesundheit sowie Bildung und Erziehung gefördert. Erste Projekte sollen bereits im kommenden Frühjahr beim EU-Afrika-Gipfel besiegelt werden. Von der Leyen verwies zum Beispiel auf die klimaneutrale Gewinnung von Wasserstoff. Mit Blick auf die Corona-Krise können Partnerländer auch ihr Gesundheitssystem stärken und die Versorgung mit Medikamenten ausweiten. Bereits im vergangenen Jahr war mit Unterstützung der EU im Rahmen der BELLA-Initiative ein Untersee-Glasfaserkabel zwischen Brasilien und Portugal in Betrieb gegangen.

„Global Gateway ist Europas Angebot, gleichberechtigte Partnerschaften aufzubauen“, erläuterte Urpilainen. So wird die Europäische Union mit ihrer Investitionspartnerschaft nicht nur Infrastrukturvorhaben fördern, sondern auch demokratische Werte, Transparenz und hohe Standards guter Regierungsführung in Partnerländern vorantreiben.

Urpilainen verwies auf eine große Finanzierungslücke bei Investitionsvorhaben in eine moderne Infrastruktur in einkommensschwachen Ländern. So fehlen nach einer Berechnung der EU-Kommission jährlich rund 1,3 Bio. Euro, um die Entwicklungsziele der Ver-



© Shutterstock

einten Nationen zu erreichen und den Übergang in eine klimaneutrale globale Wirtschaft zu schaffen. Die EU wird dazu beitragen, diese Finanzlücke zu schließen. So werden 135 Mrd. Euro aus dem Europäischen Fonds für nachhaltige Investitionen (EFSD+) mobilisiert, weitere 145 Mrd. Euro sollen über die Entwicklungsinstitutionen der Mitgliedstaaten kommen. Europäische Institutionen wie die Europäische Investitionsbank (EIB) steuern ebenfalls Mittel bei. Auch private Investitionen werden mobilisiert.

“ Wir wollen einen anderen Weg gehen. Demokratisch und wertebasiert. ”

Der Vorstoß der EU reiht sich ein in eine Initiative, die im Juni beim G7-Gipfel in Cornwall verabredet worden war. So startet das Vereinigte Königreich eine entsprechende Investitionspartnerschaft Clean Green Initiative, die USA legen das Programm Build Back Better World auf. „Wir sind davon überzeugt, dass Länder vertrauenswürdige Partner brauchen, um nachhaltige und qualitativ hochwertige Projekte zu gestalten“, sagte von der Leyen.

Die Kommissionspräsidentin hatte die Initiative im September in ihrer Rede zur Lage der Union angekündigt. „Weltweite Geschäfte, globaler Handel – all dies ist gut und notwendig. Aber das kann niemals auf Kosten der Würde und der Freiheit der Menschen gehen“, hatte von der Leyen damals erklärt und klargestellt: „Wir werden Verbindungen schaffen und keine Abhängigkeiten.“ (pr) >|

Bei ihren Infrastrukturpartnerschaften setzt die EU unter anderem auf Investitionen im Bereich Klimaschutz wie etwa Solarparks.

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

■ Investitionspartnerschaft

SOZIALSTANDARDS

Kommission dringt auf mehr Rechte für Plattformbeschäftigte

Die EU-Kommission hat einen Gesetzesvorstoß vorgelegt, der die Rechte von Plattformarbeiterinnen und -arbeitern stärkt. „Wir müssen das Jobpotenzial digitaler Plattformen nutzen. Aber, wir sollten auch darauf achten, dass es sich um hochwertige Arbeitsplätze handelt, die kein Prekariat fördern, so dass die Menschen, die dort arbeiten, Sicherheit finden und ihre Zukunft planen können“, erklärte Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte.



Mit ihrem Gesetzesvorstoß will die Kommission menschenwürdige Arbeitsbedingungen bei digitalen Plattformen wie etwa Lieferdiensten gewährleisten.

Digitale Dienstleister

In der Europäischen Union sind rund 500 digitale Plattformen aktiv, dort finden aktuell rund 28 Millionen Europäerinnen und Europäer Arbeit, schon 2025 wird die Zahl der Beschäftigten auf rund 43 Millionen steigen. Rund 55 Prozent der über Plattformen arbeitenden Menschen verdienen weniger als den Nettomindeststundenlohn des Landes, in dem sie arbeiten. Im Durchschnitt verbringen Plattformarbeiterinnen und -arbeiter 8,9 Stunden pro Woche mit unbezahlten Aufgaben (z. B. Suche nach Aufträgen, Warten auf Aufträge) im Vergleich zu 12,6 Stunden an bezahlten Aufgaben. Die Erlöse der digitalen Dienstleister in der EU beliefen sich im Vorjahr auf 20 Mrd. Euro.

> Von Kurieren für Lebensmittel, über Chauffeure für Taxi-Apps bis hin zum Warenversand – in der EU arbeiten rund 28 Millionen Menschen für digitale Plattformen, mehr als die Hälfte von ihnen verdient weniger als den Mindestlohn, rund 5,5 Mio. gelten als Scheinselbstständige ohne Anspruch auf soziale Standards wie Urlaub oder Mindestlohn. „Der Kommissionsvorschlag schlägt klare Kriterien vor, die festlegen, ob eine Plattform als Arbeitgeber einzustufen ist. Und wenn dem so ist, ob die Beschäftigten Anspruch auf Sozialversicherung und Arbeitnehmerrechte haben“, kündigte Schmit die höheren Sozialstandards an.

In einzelnen Mitgliedstaaten haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter digitaler Plattformen ihren Beschäftigungsstatus bereits vor Gericht klären lassen. Bislang sind rund 100 Urteile in entsprechenden Fällen ergangen. Die Kommission dringt auf verbindliche und europaweit einheitliche Regeln. Sie setzt dabei auf die enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten. Unter anderem umfasst der Kommissionsvorschlag:

> **Beschäftigungsstatus:** Der Vorstoß sieht feste Kriterien vor, auf deren Grundlage die Behörden der Mitgliedstaaten einstufen können, ob es sich bei den Plattformmitarbeiterinnen und -mitar-

beitern um Selbstständige oder Beschäftigte des digitalen Dienstleisters handelt, mit festgeschriebener Arbeitszeit, Urlaubsanspruch und – falls auf Ebene des Mitgliedstaates geregelt – einer Bezahlung nach Mindestlohn.

- > **Algorithmen-Management:** Oft erhalten Plattformbeschäftigte ihren Auftrag allein über eine App. Die Kommission dringt auf mehr Transparenz der zugrunde liegenden Algorithmen.
- > **Grenzüberschreitende Dienstleistung:** Häufig schickt ein digitaler Dienstleister seine Kurier in einem anderen Mitgliedstaat der EU los. Die Kommission schlägt vor, dass in solchen Fällen, die Arbeitsschutzbehörden der Mitgliedstaaten Zugang zu den nötigen Daten haben, um etwa den Beschäftigungsstatus zu prüfen.
- > **Sozialer Dialog:** Der Vorstoß der Kommission mahnt einen verstärkten Dialog an, so werden unter anderem persönliche Ansprechpartner für Beschäftigte der digitalen Plattformen gefordert.

„Wir sind darüber hinaus dabei, das Wettbewerbsrecht anzupassen, damit Selbstständige Tariflöhne mit den Plattformen verhandeln können“, kündigte Schmit auch Verbesserungen für Solo-Selbstständige in der Branche an.

„Da digitale Arbeitsplattformen immer mehr Arbeitsplätze schaffen, müssen wir menschenwürdige Arbeitsbedingungen für all diejenigen gewährleisten, die ihr Einkommen aus dieser Arbeit beziehen“, begründete Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission, den Vorschlag. „Die Menschen stehen im Mittelpunkt dieses Geschäftsmodells und haben Anspruch auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen und sozialen Schutz“, ergänzte Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission, zuständig für das Ressort Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte vor zwei Jahren zu Beginn ihrer Präsidentschaft eine Reihe von Vorschlägen zur Stärkung des sozialen Europa angekündigt. So beraten Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament derzeit über den Vorschlag der Kommission für eine europäische Regelung zum Mindestlohn. (pr) >|

NEUES SANKTIONSinSTRUMENT

EU wappnet sich gegen einseitige Handelsbeschränkungen

Die Europäische Union will einseitigen Restriktionen im internationalen Handel künftig schneller entgegentreten. „In Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen wird der Handel mehr und mehr als Waffe eingesetzt, und die EU und ihre Mitgliedstaaten werden zur Zielscheibe wirtschaftlicher Einschüchterung. Wir brauchen die richtigen Instrumente, um darauf reagieren zu können“, sagte Valdis Dombrovskis, der für Handelsfragen zuständige Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission bei der Vorstellung des neuen Instruments.

> Der Vorstoß der Kommission – Anti-Coercion Instrument (ACI) – richtet sich gegen Versuche wirtschaftlicher Einschüchterung durch Drittstaaten. Dabei kann es sich zum Beispiel um explizite Zwangsmaßnahmen gegen die EU oder einen Mitgliedstaat handeln oder um Grenz- oder Lebensmittelkontrollen, die europäische Waren einseitig benachteiligen. „Mit diesem Vorschlag senden wir die klare Botschaft, dass die EU ihre Interessen entschlossen verteidigen wird“, bekräftigte Dombrovskis auf einer Pressekonferenz in Brüssel.

Dialog und Deeskalation

Das vorgeschlagene Paket erlaubt es der Kommission, im Falle von einseitig ausgeübten Handelsbeschränkungen künftig rascher zu reagieren und notfalls Sanktionen zu verhängen. Der Vorstoß umfasst klare Regeln für ein abgestuftes Vorgehen: In einem ersten Schritt setzt die Kommission auf Dialog und Deeskalation. Sie bemüht sich auf diplomatischem Weg über Gespräche darum, dass die verhängten Handelsbeschränkungen zurückgenommen werden. Sollte dies nicht zum Erfolg führen, können Zölle auf Waren aus dem betreffenden Land eingeführt oder die Einfuhren mengenmäßig begrenzt werden.

Darüber hinaus sind Beschränkungen bei Dienstleistungen oder Investitionen möglich oder der Zugang zum EU-Binnenmarkt wird eingeschränkt. „Mit diesem Instrument können wir auf die geopolitischen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte reagieren und dafür sorgen, dass Europa stark und handlungsfähig bleibt“, stellte Dombrovskis klar.

Das neue Verfahren erlaubt es, Handelssanktionen einfacher umzusetzen. Sie können von der



Kommission vorangetrieben werden. Ein einstimmiger Beschluss der Mitgliedstaaten ist nicht mehr erforderlich. Eine qualifizierte Mehrheit der EU-Staaten kann den Sanktionsbeschluss der Kommission aufheben. Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament müssen dem Vorschlag noch zustimmen.

Die Europäische Union will ihre Handelsinteressen künftig selbstbewusster als bisher vertreten.

“ Das Instrument soll vor allem abschreckend wirken. Aber wir haben jetzt auch mehr Möglichkeiten, wenn wir uns gezwungen sehen zu handeln. ”

Im Europäischen Parlament stieß die Initiative auf Zustimmung. „Wir brauchen eine Rechtsgrundlage, um zügige Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Die EU muss selbstbewusster als bisher ihre Handelsinteressen vertreten, dazu gehört insbesondere auch der Schutz kleinerer Mitgliedstaaten“, erklärte der Europaabgeordnete Sven Simon (CDU). Auch der Europaparlamentarier Bernd Lange (SPD), Vorsitzender des Handelsausschusses des EU-Parlaments, begrüßte die Initiative.

Valdis Dombrovskis,
Exekutiv-Vizepräsident
der EU-Kommission

Zuletzt hatte China Litauen von seiner Zollliste gestrichen und damit die Einfuhr von Waren aus dem EU-Mitgliedstaat unterbunden. „Die EU steht entschlossen gegen jede Form von einseitiger Druckausübung“, erklärte Dombrovskis. (pr) >|

■ Schutz vor wirtschaftlichem Zwang

UMFRAGE

Was wollen Jugendliche über Auslandsaufenthalte wissen?

Im Rahmen der 3. Ausgabe der europäischen Eurodesk-Umfrage untersucht das Jugendinfonetzwerk, wie sich junge Leute zum Thema Auslandsaufenthalt informieren und welche Fragen sie haben. Ziel der Umfrage ist es, Informations- und Unterstützungsangebote für junge Menschen zu verbessern. Die Umfrage richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 13 und 35 Jahren. Auch Jugendliche, die noch keine Auslandserfahrungen gemacht haben, sind ausdrücklich eingeladen, mitzumachen. Die Umfrage steht neben Deutsch in weiteren 25 europäischen Sprachen (z. B. Englisch, Polnisch oder Türkisch) zur Verfügung und dauert ca. zehn Minuten. Bis zum 16. Januar 2022 können junge Leute an der Online-Befragung teilnehmen. Unter allen Teilnehmenden werden drei Polaroid-Kameras verlost.



[Zur Umfrage](#)

PROJEKTUNTERRICHT

Schülerwettbewerb zur politischen Bildung

Der Schülerwettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) feiert in diesem Jahr sein fünfzigjähriges Jubiläum. Bis zum 23. Dezember 2021 können Klassen der Jahrgänge 4 bis 12 sich in 13 spannenden Aufgabenstellungen mit Themen wie Antisemitismus, bedingungslosem Grundeinkommen oder dem Waldsterben auseinandersetzen. Aus Anlass des 70-jährigen Bestehens des Bundesverfassungsgerichts wurde eine zusätzliche Aufgabe entwickelt, bei der der Frage nachgegangen wird, welche Rolle das oberste deutsche Gericht in unserer Gesellschaft übernimmt. Zu gewinnen gibt es für elf Klassen eine fünftägige Reise nach Berlin und Geldpreise.



[Schülerwettbewerb](#)

CULTUREU

Neuer Online-Leitfaden vereinfacht Zugang zur EU-Förderung

Mit CulturEU hat die Europäische Kommission einen neuen interaktiven Leitfaden auf den Weg gebracht, der alle auf EU-Ebene verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten für den Kultur- und Kreativsektor zusammenfasst. CulturEU ist damit die gemeinsame Anlaufstelle für EU-Finanzierungen und umfasst insgesamt 75 Finanzierungsmöglichkeiten aus 21 verschiedenen EU-Programmen, von Kreatives Europa und Horizont Europa bis zu den Strukturfonds und InvestEU. Mit wenigen Klicks in diesem interaktiven Online-Tool kann jede europäische Kultureinrichtung die für sie am besten geeignete EU-Finanzierungsmöglichkeit ausfindig machen. Speziell an den deutschsprachigen Raum richtet sich das Informationsportal „Europa fördert Kultur“, ein gemeinsames Projekt der Creative Europe Desks KULTUR aus Bonn und Österreich. Es bietet eine Übersicht zu 13 Förderprogrammen der EU, die für den Kultursektor zugänglich sind. Die aktualisierte Seite des Projekts wurde im November freigeschaltet und ist verfügbar unter: www.europa-foerdert-Kultur.eu.



[CulturEU](#)

DIGITALE SCHNITZELJAGD

Gutscheine für eine nachhaltige Reise gewinnen

Die Website zu Wegen ins Ausland rausvonzuhaus.de des Jugendnetzwerks Eurodesk veranstaltet eine digitale Schnitzeljagd. Wer das Lösungswort findet, gewinnt ein Gutscheinpaket für eine nachhaltige Reise. Konkret sind das fünf Gutscheinpakete im Wert von 300 Euro, mit nachhaltigen Utensilien für die nächste Reise. Unter allen Teilnehmenden zwischen 16 und 30 Jahren, die das korrekte Lösungswort einsenden, werden die Gewinnerinnen und Gewinner per Zufallsprinzip ausgelost und kontaktiert.

Aufgaben und Rätsel sind überall auf rausvonzuhaus.de verteilt. Wer die Antwort nicht auf Anhieb weiß, wird auf der Website fündig. Wer das vollständige Lösungswort gefunden hat, kann es über den Link <https://survey.lamapoll.de/rausvonzuhaus-Schnitzeljagd> einreichen. Einsendeschluss ist der 26.12.2021.

[Zur Schnitzeljagd](#)